

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag der Wetterau

Wahlherbst:

Landratswahl und
Landtagswahl am
8. Oktober 2023:

Lesen Sie
die Wahlbeilage
auf den Seiten
5 bis 8



“Ich will weiterhin die größte Nervensäge für bezahlbaren Wohnraum bleiben!”

Gabi Faulhaber
Landratskandidatin
der Linken

Immer vor einer Wahl soll die kreiseigene WoBau kommen. Nach der Wahl herrscht dann Funkstille.

Der soziale Wohnungsmarkt steht vor dem Kollaps!

Im Jahr 2022 wurden in ganz Deutschland nur 20.000 Sozialwohnungen gebaut. Aber tausende Wohnungen fielen aus der Sozialbindung. Viele Kommunen haben ihre Wohnungen verkauft. Auch im Wetteraukreis ist die Zahl der Sozialwohnungen um 40 Prozent gesunken. Auf dem sozialen Wohnungsmarkt spitzt sich die Lage zu. Die Politik fühlt sich nicht verantwortlich. *Seite 2*



Miete

Der soziale Wohnungsmarkt steht vor dem Kollaps!

Die Ampelregierung hatte in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt: 400.000 Sozialwohnungen sollten bis zum Ende der Legislaturperiode entstehen. Dieses Ziel ist vom Tisch. Jetzt wird lieber in Militär und Waffen investiert.

50 Milliarden Euro für Sozialwohnungen

Dringend müsste die Bundesregierung für den Wohnungsbau einen Sonderfonds von 50 Milliarden Euro auflegen. Zumindest braucht es erst mal 38,5 Milliarden für ein Sofortprogramm. Denn es fehlen derzeit 700.000 bezahlbare Wohnungen bundesweit. Das Versorgungsloch trifft vor allem das Fünftel der Menschen, die inzwischen unter der Armutsgrenze leben müssen und auch alle, die nicht so gut verdienen. Besonders in den Ballungsgebieten wächst die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum. Denn die Wirtschaft setzt auf Zuwanderung. Laut Berechnungen des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

werden bis 2035 rund sieben Millionen Arbeitskräfte fehlen. 400.000 bis 500.000 Migrant:innen müssten jährlich aus dem nichteuropäischen Ausland einwandern. Wo sollen denn die Arbeitskräfte wohnen? Sicher werden sie nicht so gut bezahlt, dass sie die chiken teuren Lofts anmieten können.

Der Wetteraukreis duckt sich weg

Der Wetteraukreis wird in den nächsten Jahren 18% mehr Einwohner:innen haben. So ist noch mehr Wohnraum nötig! Bereits 2017 errechnete das Pestel-Institut: Bis 2040 müssten in der Wetterau 24.500 Wohnungen neu entstehen. Es wurde auch viel gebaut. Leider fast nur Hochpreiswohnungen. Bezahlbare Wohnungen entstanden kaum. Die im Kreistag beschlossene Wohnungsbaugesellschaft lässt auf sich warten. Die Wohnungsnot im unteren Preissegment interessiert die meisten Abgeordneten noch immer lediglich vor Wahlen.

Schwere Geburt

Vor der letzten Kommunalwahl 2021 - genauer am 26. 8. 2021 - wurde im Kreistag endlich beschlossen, ein Konzept für eine Wohnungsbaugesellschaft zu erarbeiten. Die Verantwortung im Kreisausschuss oblag Landrat Weckler (CDU). Danach passierte lang nichts mehr. DIE LINKE. fragte mehrmals vergeblich nach. 17 Monate später - im Januar 2023 - wurde endlich über die bisherigen Recherchen berichtet - von der Sozialdezementin Becker-Bösch. Weckler hatte ihr inzwischen die Verantwortung zugeteilt. Praktisch! Denn im anstehenden Landratswahlkampf kann man so die eigene Untätigkeit auf die ungeliebte Dezementin abschieben. Auch die SPD erklärte sie zum Sündenbock. In der Kreiskoalition gibt es sehr offensichtlich kein Interesse an der Realisierung der kreiseigenen WoBau: Die CDU will sie eigentlich gar nicht und die SPD erinnert sich nur vor Wahlen an ihre soziale Verantwortung.

Folge 23:



Hartz-IV: Nur der Name wurde durch „Bürgergeld“ ersetzt

Im Juni 2023 schrieb ein Mitarbeiter beim Jobcenter Dortmund einen 'Brandbrief' an seinen Chef. Wir zitieren hier einen kurzen Ausschnitt.

„Die Einführung des Bürgergelds liegt nun schon einige Monate hinter uns. Viele andere Kolleg:innen und ich haben große Hoffnung in die Reformen der Bundesregierung gesetzt und jetzt (...) ist Resignation eingetreten. Die leistungsberechtigten Perso-

nen haben zwar endlich höhere Leistungssätze erhalten, diese wären aber auch auf Grund der hohen Inflation bei der jährlichen Anpassung höher gestiegen (...). Auch soll nun die Weiterbildung Vorrang vor der Vermittlung in Arbeit haben, doch dieser Aspekt

des Bürgergelds wird in der Realität nicht gelebt. Es hat sich in der Arbeitsweise des Jobcenters nichts geändert, außer, dass sich Sanktionen nun gestaffelt verlängern und der Name 'Hartz-IV' durch Bürgergeld ersetzt wurde. Im internen Sprachgebrauch wird weiterhin der Terminus 'Kunde' genutzt, auch wenn er hinsichtlich der Zwangssituation, der die Bürger:innen ausgesetzt sind, eher höhnisch wirkt (...). Auch wenn die Bürgergeldreform große Veränderungen versprochen hat, so sind die Führungskräfte und das Controlling immer noch im alten und repressiven HartzIV - System verblieben.“

Bis zu sechs Wochen ohne jedes Geld

Geflüchtete bekommen vom Wetteraukreis Geld nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz (AsylbLG). Wenn der Aufenthalt anerkannt ist, wechseln die Menschen zum Jobcenter. Hier häufen sich die Probleme.

Ein Beispiel: Am 29. April erhielt eine Frau die Nach-

richt vom Wetteraukreis, dass ihr Aufenthalt anerkannt sei und die Leistungen nach AsylbLG zum 30. April eingestellt würden. Zuständig ist jetzt das Jobcenter und die Frau hat sofort einen Antrag auf Bürgergeld gestellt. Eigentlich gilt dieser Antrag als Start für die Leistungen. Aber nun

schickt das Jobcenter erst mal viele Antragsformulare. Die sollen ausgefüllt und eingereicht werden. Die Bearbeitung beim Jobcenter dauert dann mehrere Wochen. Gesetzeswidrig wird die Abgabe der Formulare als Zahlungsstart festgelegt und nicht die Antragstellung. In dieser ganzen Zeit bleiben die Leute ohne jedes Geld.



Raus!!!

Aber wohin?

Etwa 800 anerkannte Geflüchtete leben in Asylunterkünften, obwohl sie eigentlich ausziehen könnten. Bleiben die dort, weil es da so schön ist oder was hält die Menschen dort?

Der CDU-Landrat sinnierte in einer Ausschusssitzung, es läge wohl daran, dass man eine eigene Wohnung putzen müsse und in der Asylunterkunft Küche und Sanitärräume gereinigt würden. Ja klar! Woran sollte es sonst liegen??

Dass es viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum gibt - das kann doch überhaupt nicht sein, oder?

Fest steht: Natürlich würden Geflüchtete lieber heute als morgen aus den Asylunterkünften ausziehen! Denn das Leben in einer Gemeinschaftsunterkunft ist sehr belastend. Aber sie finden keine bezahlbare

Der Wetteraukreis schreibt Briefe an Geflüchtete, die in Gemeinschaftsunterkünften leben: „Ihnen ist eine Aufenthaltserlaubnis nach §25 Abs. 2 AufenthG erteilt, von daher sind Sie berechtigt aber auch verpflichtet, aus der Asylunterkunft in eine Privatwohnung umzuziehen. Wir fordern Sie hiermit auf, binnen 3 Monaten in eine Privatwohnung umzuziehen.“

Wohnung! Und das liegt an nichts anderem, als dass es im unteren Preissegment keinen ausreichenden Wohnraum gibt! Und es liegt daran, dass die verantwortliche Koalition aus SPD und CDU seit Jahren zuschaut, wie sich die Sozialwohnungen im Wetteraukreis nahezu halbiert haben. Und dass es keinerlei Bemühungen gibt, an diesem Mißstand irgend etwas zu ändern! Außerdem: Wer bleibt gern in einer Unterkunft, in der man mit mehreren Leuten beengt in einem überbeleg-

ten Zimmer leben muss? Für das man dann noch monatlich pro Erwachsenem eine Gebühr von 284 Euro zu zahlen hat? DIE LINKE. Kreistagsfraktion hat diese Abzockergebühren immer abgelehnt. Man nennt es Mietwucher, wenn gierige Vermieter einzelne Betten an Arbeiter vermieten. Von was redet man hier? Was für ein Menschenbild tritt hier zu Tage! Was nützen eigentlich Projekte, wie „Demokratie leben“ oder „BUNTERLEBEN“, wenn sie von der Kreispolitik konterkariert werden?

**Radikal sozial.
Auch nach der Wahl.**

DIE LINKE.
Kreisverband Wetterau

Am 8. Oktober wird ein Landrat gewählt **...oder eine Land- rätin mit sozialer Verantwortung!**

Für DIE LINKE. Wetterau kandidiert Gabi Faulhaber zur Landratswahl am 8. Oktober 2023. Faulhaber gehört dem Kreistag der Wetterau seit 2011 an. Sie verfügt über Erfahrung und die nötige Tatkraft.



Gabi Faulhaber ist verheiratet und lebt in Karben. Sie arbeitete als Lehrerin an einer Schule für Lern- und Erziehungshilfe. Heute ist sie Rentnerin.

Wohnen darf nicht arm machen!

DIE LINKE. Kreistagsfraktion fordert seit 2012 eine kreiseigene Wohnungsbau-gesellschaft. Als Fraktionsvorsitzende hat Gabi Faulhaber seither zahllose Anträge im Kreistag gestellt. Konsequenterweise bringt sie die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum immer wieder auf die Tagesordnung. Vor der Kommunalwahl 2016 wurde dann erstmals beschlossen, die Möglichkeiten für eine kreiseigene WoBau zu prüfen. Nichts geschah. Vor der Kommunalwahl 2021 wurde beschlossen ein Konzept für eine WoBau zu erarbeiten. Wieder ist nichts passiert. Jetzt stehen Landratswahlen an. Es wird wieder Versprechen geben. Damit sie nach der Wahl nicht wieder vergessen werden:

Wählen Sie links!

Radikal sozial. Auch nach der Wahl.

DIE LINKE.
Kreisverband Wetterau

Wählen Sie DIE LINKE. in den Hessischen Landtag

Wahlkreis 25: **Julian Eder**, aus Karben. 24 Jahre. Fachkraft für Abwassertechnik.

"Das Land Hessen muss sich um soziale Wohnungspolitik kümmern! Es kann nicht sein, dass inzwischen 18,5 Prozent der Menschen arm sind und kaum etwas für bezahlbaren Wohnraum getan wird!

Derzeit werden Milliarden für Militär ausgegeben. Daran verdienen Rüstungskonzerne wie Rheinmetall. Die Mehrheit der Menschen hat nichts davon."

Julian Eder
für die Wetterau

**Sozialwohnungen
statt Milliarden
für Rüstung!**

DIE LINKE.
Kreisverband Wetterau

Fatma Demirkol
für die Wetterau

**Wohnen
darf nicht
arm machen!**

DIE LINKE.
Kreisverband Wetterau

Wahlkreis 27: **Fatma Demirkol**, aus Friedberg. 40 Jahre. Büromanagerin.

"Im Wetteraukreis sind in den vergangenen 10 Jahren 40% der Sozialwohnungen weggefallen: Sie wurden verkauft oder die Sozialbindung lief aus. Ersatz gibt es nicht. Bezahlbare Wohnungen werden immer knapper. Die steigende Nachfrage treibt die Mieten in die Höhe. Das Land Hessen braucht dringend eine Offensive für Sozialen Wohnungsbau."

Radikal sozial. Auch nach der Wahl.

DIE LINKE.
Kreisverband Wetterau

Am 8. Oktober ist Landtagswahl

DIE LINKE. im Landtag war in den vergangenen Jahren eine verlässliche Stimme für soziale Politik, gegen die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur, für den öffentlichen Nahverkehr, den Grundwasserschutz und bezahlbares Wohnen. Gehen Sie zur Wahl! Helfen Sie mit, dass es im Hessischen Landtag weiterhin eine engagierte linke Opposition gibt! Wir wählen Links!



Karlheinz Hofmann
Karben

„Es ist nicht akzeptabel, dass ein Viertel der Bevölkerung arm ist! Zehn Prozent der Hyperreichen besitzen etwa 60 % des Gesamtvermögens in Deutschland. Wir brauchen wieder eine Vermögenssteuer! Die kommt den Ländern zugute und mit diesem Geld kann in Hessen ein Landesaktionsprogramm gegen Armut aufgelegt werden: Besserer und kostenfreier Nahverkehr, sozialer Wohnungsbau, gut finanzierte Kinderbetreuung und gut ausgestattete Schulen. Das ist soziale Politik!“



Sonja Burmester
Friedberg

„Die Mehrheit der Menschen braucht öffentliche Einrichtungen: Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser. Im Landtag muss eine Opposition vertreten sein, die gegen Privatisierungen angeht.“



Emir Can Yilmaz
Nidda

„Auf dem Land braucht es einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr zu sozialen Preisen und mehr Investitionen in die Gesundheitsversorgung. Das macht DIE LINKE. im Landtag beharrlich zum Thema.“

Armut ist kein Kinderspiel!

2,8 Millionen Kinder leben in Deutschland in Armut. Die versprochene Kindergrundsicherung ist nicht gekommen. Sie ist auch nicht in Aussicht: Dafür ist kein Geld da. Statt 12 Milliarden wurden im Bundeshaushalt nur zwei Milliarden vorgesehen. Aber 60 Milliarden werden jährlich für Rüstung ausgegeben.

Mit zwei Milliarden Mehrausgaben im Jahr kann man die steigende Kinderarmut nicht bekämpfen. Aber das will Finanzminister Lindner (FDP) auch nicht. Er will mit dem Geld nur das Antragsverfahren auf Bürgergeld und Kindergeld digitalisieren. Die finanzielle Unterstützung für Kinder im Sozialleistungsbezug wird überhaupt nicht erhöht.

Ignoriert wird auch die Forderung des Bundesverfassungsgerichts, dass für Kinder ein sozio-kulturelles Existenzminimum gewährleistet sein muss. Die heutigen Bürgergeldsätze reichen nicht einmal für eine gesunde Ernährung. Mal ein Theaterbesuch oder die Anschaffung eines Musik-

instruments sind überhaupt nicht drin.

Arme Kinder haben arme Eltern

Ein Fünftel der deutschen Bevölkerung ist arm oder direkt von Armut bedroht. Auch da versagt die Ampel-Koalition. Wenn im Januar 2024 der Mindestlohn nur um 41 Cent wachsen wird, führt das zu einem weiteren Anstieg von Armut.

Leidtragend sind vor allem Beschäftigte im Niedriglohnssektor. Inzwischen sind 20 bis 25 Prozent der arbeitenden Menschen in prekären Jobs beschäftigt, also Paketzusteller, Gastronomiebeschäftigte, Pizzaboten oder Reinigungskräfte. Die Kindergrundsicherung wäre dringend nötig!

Wie kam es zu der intimen Begegnung?

Alleinerziehende Frauen haben einen gesetzlichen Anspruch auf Unterhaltsvorschuss. Der Anspruch gilt, wenn der Kindsvater die Frau verlassen hat und sein Aufenthalt nicht bekannt ist oder wenn er nicht zahlen kann.

Im Wetteraukreis ist man stolz darauf, dass die Unterhaltsvorschusskasse von vielen Vätern erfolgreich Alimente einfordert. Dagegen hätten wir nichts, wenn die Suche nach den Vätern nicht auf dem Rücken der Mütter ausgetragen würde. Die werden oft monatelang mit immer neuen Forderungen drangsaliert. Selbst wenn es jahrelang keinen Kontakt mit dem Kindsvater gab, sollen die Frauen seinen Aufenthalt ermitteln. Es werden Beweise verlangt, dass der Mann nicht aufzufinden ist. Oder man fragt: „Bitte schildern Sie uns kurz, wie es zur intimen Begegnung kam, aus der das Kind hervorgegangen ist.“

Das Viernheimer Modell auch im Wetteraukreis introduce

DIE LINKE. Kreistagsfraktion beantragte: „Der Wetteraukreis realisiert eine Wohnraumbeschaffung nach dem Viernheimer Modell: Der Kreis mietet leerstehende Wohnungen von privaten Eigentümern an und vermietet sie als sozialen Wohnraum an Untermieter weiter.“

Die Stadt Viernheim versucht seit mehr als einem Jahr eine zusätzliche Möglichkeit, um Wohnraum zu mobilisieren. „Vermiete doch an die Stadt“ ist das Motto des Viernheimer Modells. Die Stadt mietet leerstehende Wohnungen von den Eigentümern an und vermietet sie als sozialen Wohnraum an Untermieter weiter, die auf dem „freien Wohnungsmarkt“ chancenlos sind.

Diese sozialpolitische Maßnahme wirkt der Wohnungsnot im unteren Preissegment ein bisschen entgegen. Die Einführung eines solchen Modells könnte private Leerstände verringern. Leerstand gibt es auch in den Wetterauer Kommunen.

Weil oft Eigentümer leerstehender Wohnungen berechnete Ängste haben, mit der Vermietung oder mit den Mietern nicht klarzukommen.

Das Konzept bringt auch den Haus- und Wohnungsbesitzer:innen einige Vorteile. Sie können sich auf die Mietzahlungen verlassen, da der ‚Papierkram‘ vom Kreis erledigt würde. Muss nach dem Auszug der Untermieter renoviert werden, wäre der Kreis Ansprechpartner. Die Verwaltung wird auch aktiv, wenn es Probleme mit den Untermietern gibt – zum Beispiel wenn sich jemand weigert, auszuziehen oder der Lebensstil nicht kompatibel ist.

In Viernheim gab es nach nur einem Jahr Laufzeit des Modells viele Vermietungsangebote aus der Bevölkerung. 70 Wohnungen für insgesamt 246 Personen konnten zur Verfügung gestellt werden. Viernheim ist eine Stadt mit 34.000 Einwohnern. Da ist das schon beachtlich!

Was in Viernheim möglich ist, ist auch im Wetteraukreis möglich: „Vermiete doch an den Wetteraukreis!“

Mietspiegel für die Wetterau

Derzeit steht die Überarbeitung des ‚Schlüssigen Konzepts der Mietobergrenzen‘ für den Wetteraukreis an. Am 1.1.2024 soll es in Kraft treten.

Die Fraktion DIE LINKE. stellte im Kreistag folgenden Antrag: Statt eines Schlüssigen Konzepts wird für den Wetteraukreis ein qualifizierter Mietspiegel erarbeitet.

Begründung: Ein Schlüssiges Konzept der Mietobergrenzen bezieht die markt-

üblichen Mietpreise nicht ausreichend ein.

Im aktuell gültigen Schlüsseligen Konzept der Mietobergrenzen vom 1.1.2022 sind immer noch zu mindestens Zweidritteln Bestandsmieten mit eingerechnet. Darunter sind Wohnungen, die seit Jahrzehnten vermietet sind und deren Mietpreise die Berechnungen drücken und die derzeitige Lage auf dem Wohnungsmarkt nicht widerspiegeln. Somit finden Mieter:innen, die vom Jobcenter oder Sozialamt Leistungen brauchen, noch schwerer eine Wohnung.

Öffentlicher Nahverkehr darf kein Luxus sein!

Am 15. Juni 2023 hat der Aufsichtsrat des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) eine erneute Erhöhung der Fahrpreise ab 1. 1. 2024 beschlossen. Diesmal um 8,2 Prozent.

DIE LINKE. Fraktion hat im Wetterauer Kreistag beantragt: Der Kreistag soll gegen diese Preiserhöhung Stellung nehmen.

Die Fahrpreise sind sowieso schon viel zu teuer! Es muss günstige Einzelfahrscheine bei Bus und Bahn geben! Oder ein 9 Euro Ticket. Denn für viele Men-

schen ist ein Deutschlandticket noch zu teuer.

DIE LINKE. fordert Landrat Weckler auf, im Aufsichtsrat des RMV eine Rücknahme der Fahrpreiserhöhung zu verlangen.

Die Unterfinanzierung von Bussen und Bahnen in Hessen sieht DIE LINKE. als hausgemacht.

Das Land muss deutlich mehr Geld für den ÖPNV ausgeben. Hessen ist bei den Schlusslichtern im Ländervergleich und gibt nur 21 Cent Zuschuss für jeden Euro, den der Bund dazugibt. Der Zuschuss Bayerns für seinen ÖPNV ist mehr als 5-mal so hoch. DIE LINKE. fordert deshalb den Kreistag der Wetterau auf, Druck auf die Landesregierung für eine bessere Finanzierung des ÖPNV zu machen. Nur so klappt die Verkehrswende auch sozial verträglich.



